

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Meißner Straße 22/23
Verlagsnummer: 25841
Für die Redaktion: Nr. 20011
Schlüsselnummer: Hauptstadt Meißner
Verlag: K. L. Meißnerstraße 22/23

Bezugspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 1,40 M., (einmal jährlich 80 M., für
Leipzig), durch Postweg 1,40 M., (einmal jährlich 80 M., für Leipzig), durch Postweg
bei 7mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 10 M., (außerhalb Dresdens 15 M.). Einzelgen-
poste: Die einseitige 20 mm breite Seite 25 M., für außerhalb 40 M., Familienanzug und
Stellenangebote ohne Rabatt 15 M., außerhalb 25 M., die 90 mm breite Reklameseite 200 M.,
außerhalb 250 M., Offertengeld 80 M., Kaufstrafe für Rückgabe gegen Besonderebestellung.

Druck u. Verlag: Meißner & Reichardt,
Dresden, Meißner-Str. 104. 1048 Zeichen
Redaktion nur mit best. Coullenzangebe
(Dresden, Meißner-Str.) zulässig. Unvollständige
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

Revisionsforderung im Preußenlandtag

Bedeutende Erklärung des Finanzministers

Preussische Gegenoffensive

Berlin, 19. Dez. Im Preussischen Landtag machte Finanzminister Dr. Hoepfer-Richhoff im Rahmen der ersten Beratung des preussischen Haushaltsplanes Ausführungen über die Erfüllungspolitik. Auf Angriffe der Rechten erklärte er: „Wir haben die Erfüllungspolitik immer nur betrieben, weil wir sonst die Befreiung des Rheinlandes und den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nie erreicht hätten. Ich bin durchaus einig mit Ihnen (nach rechts) darüber, daß die heutige Reparationslast auf die Dauer untragbar ist, und daß sie zu einem guten Teil die Ursache der furchtbaren Krise ist, die die ganze Welt erschüttert (Weisfall). Es kann nicht lang mehr gewartet werden mit dem Beschluß, den im Youngplan vorgesehenen Mechanismus in Bewegung zu setzen. (Nun rechts: „Alles, was Sie jetzt sagen, haben wir schon vor der Annahme des Youngplans gesagt.“) In dem jähren Ringen um die Überwindung der Reparationslast war der Youngplan ein Schritt vorwärts (Nun rechts: Wann gedenken Sie sich für die Revision einzusetzen?) Ich kann hier nicht der Entscheidung des Reichstages vorgreifen. Die Ablehnung des ganzen Reformplanes der Reichsregierung läßt sich aber auch vom Standpunkt der Gegner des Youngplans nicht verantworten. Selbst wenn wir gar keine Reparationslast zu tragen hätten, hätten wir die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, unserem Volk das

Leben dadurch zu ermöglichen, daß wir die Finanzen in Ordnung bringen.“

Zu den Anregungen, Ratt des allgemeinen sechsprozentigen einen gekaufte Gehaltsabzug der Beamten einzuführen, erklärte der Minister, eine solche Staffelung würde den Gedanken der Reichsregierung beeinträchtigen, wonach es sich bei der Kürzung um 6 v. H. gar nicht um einen Gehaltsabbau handele, sondern um eine Angleichung der Gehälter an die gesunkenen Preise. Preußen sei außerdem auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten nicht in der Lage, eine andere Regelung durchzuführen, als es im Reich der Fall sei.

Dr. Hoepfer-Richhoff beantwortete ferner eine Große Anfrage der Deutschen Volkspartei über

staatliche Beteiligungen an Zeitungsunternehmen.

Er erklärte, die meisten Maßnahmen auf diesem Gebiete seien von seinem Vorgänger durchgeführt oder eingeleitet worden. Jede Reichsregierung und jede Staatsregierung hätte es als ihre Aufgabe betrachtet, die deutsche Presse zu schützen. Das sei ohne Berücksichtigung der parteipolitischen Interessen geschehen. Höhere Angaben über diese Maßnahmen zu machen, sei ohne schwere Gefährdung nationalpolitischer Interessen nicht möglich. Richtig sei, daß der preussische Staat eine Beteiligung am „Aöliner Tagblatt“ erworben habe. Das sei im Einvernehmen mit weiten Kreisen vor Jahren geschehen, weil befürchtet werden mußte, daß der Separatismus auf die Zeitung Einfluß nehmen würde. Die vorhandenen Interessen würden allmählich abgebaut werden.

Es war nicht anders zu erwarten, als daß die preussische Regierung und ihr parteipolitischer Anhang zu einer großen Gegenoffensive ausbrechen würde, nachdem das Verbot des Remarquefilms von ihrer Presse zu einer Niederlage der Republik gestempelt worden ist. Der Auftakt dazu war offenbar die politische Debatte im Preußenlandtag, und der Aufer im Streit Severing. Die Last des Kampfes aber tragen die gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie und das Reichsbanner, die unter der Parole „Nieder mit dem Faschismus“ plötzlich eine Verammlungs- und Werbetätigkeit entfalten, wie man sie sonst nur in der Hochspannung des Wahlkampfes kannte. Seit den letzten Gemeindev- und Landtagswahlen haben wir eigentlich den Wahlkampf in Permanenz; jeden Augenblick kann der Preußenlandtag oder gar der Reichstag aufliegen, und der Nazischreck ist den Roten und Rätischen mächtig in die Glieder gefahren. Nachdem sie in der ersten Ueberraschung die Hitlerwähler nur als „verrückte politische Analphabeten“ beschimpft hatten, ist ihnen inzwischen zum Bewußtsein gekommen, daß sie bisher immer noch die stärkeren Bataillone auf ihrer Seite haben. Aus der Abwehr entwickelt sich also der Gegenangriff. Die Nationalsozialisten sind sich darüber nicht im unklaren; ihr Berliner Führer, Dr. Goebbels, schreibt: „Es handelt sich jetzt um das Schicksal unserer Partei“, und er mahnt seine Anhänger zur Disziplin, um der Preußenregierung nicht durch Ausschreitungen Vorwände zu umfassenden Verbotsmaßnahmen zu liefern. Und die Staatsparteiliche Presse jammert, daß die „Abwehr des Faschismus“ der Sozialdemokratie und ihren Kampfverbänden überlassen bleibe, während die Leute aus der bürgerlichen Mitte als Jaungäule der großen Auseinandersetzung zusehen.

Natürlich ist es die noch nicht verwundene Niederlage in dem Streit um den völkischen Geist, die den Agitationsstoff liefern muß. Diefelbe Finte, die vom Volke für das gegenwärtige wirtschaftliche Elend verantwortlich gemacht wird, glaubt offenbar mit einer Erhebung für die geistige und künstlerische Freiheit, wie sie sie versteht, die Massen über ihre Schuld hinwegtäuschen zu können. Die Folge davon ist, daß die Linksopposition mit dem unglücklichsten Stimmwort eingeleitet wird, daß man sich denken kann, nämlich mit dem Aufruf zur Wehrfeindlichkeit. Eine Ausnahme macht nur Severing selbst, der sich im Filmkrieg zwar reichlich bloßgestellt hat, in seiner Landtagsrede aber bei aller Schärfe gegen den Nationalsozialismus doch einen mit Humor gewürzten, verbindlichen Ton gefunden hat, auf den der Nationalsozialist Ruhe, der ebenfalls eine scharfe Klinge zu schärfen versteht, denn auch sofort eingegangen ist. Aber Severings Unterführer sind viel groblichere Wesen, und ihre Schuld ist es vornehmlich, wenn die geistige Auseinandersetzung so oft in wilde Bege und zu Täuschungen ausartet. Begegnenderweise sind es auch gerade die Kreise der linken Sozialdemokratie, die sich dabei in den Vordergrund drängen und nach Elefantentritt das innerpolitische Vorzeichen zertrampeln. Soweit es noch ganz geblieben ist. Wie der Völkisch Seger, der kürzlich zur Diffamierung der Reichswehrsoldaten aufrief und jetzt in den Reichsbannerversammlungen der Kriegsschuldfrage Vorstoß leistet mit der unverkämten Verleumdung: „Das Kaiserreich war der Krieg.“ Oder der ostpreussische Genosse Weidemann, von dem man erfuhr, wie die Armee aussieht, mit der seine Partei die „kapitalistische“ Republik zerlegen und die „sozialistische“ erobern will: 70 000 Schutzpolizeibeamte, eine Million bewaffnete Reichsbannerleute und 5 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Solches Raufgelümpel könnte zur politischen Erhellung in dieser Zeit allgemeiner Trübsal dienen, wenn man nicht von Tag zu Tag erleben müßte, wie das Reichsbanner seinen Willen mit Hilfe willfähriger preussischer Behörden durchsetzen kann. Zum Beispiel in Magdeburg, wo es den Einbruch der gefährlichsten Hiltterkonkurrenz einfach durch ein Verbot des Genossen und Kameraden Oberpräsidenten Bärensprung verhindert hat. Die blutrünstige Anfündigung von Störungsabsichten durch das Reichsbanner hat genügt, um die Postgel zum Verbot der Hiltterkundgebung zu veranlassen. Während man sonst immer das Wort von der Wahrung der Staatsautorität im Munde führt und in Berlin unter diesem Vorwand tagelang die ganze Schupo einsetzt, um die Aufführung eines pazifistischen Schandfilms zu sichern, gibt man hier ohne einen Versuch des Widerstandes die Versammlungsfreiheit preis zugunsten der roten Terrororganisationen. Es ist kein Wunder, wenn so grobe Ungerechtigkeiten auf weiteren Radikalisierung der Massen und um so schneller zum Sturz eines Systems führt, das nur noch rohe Gewalt dem übermächtigen Volkswillen entgegenzusetzen vermag.

Im Grunde ist es doch nur die Angst um wackelnde Bonzenthron, die solchen Mut der Verzweiflung gebiert. Und Angst ist immer ein schlechter Ratgeber. Das hätte sich auch Severings Kollege, der Finanzminister Hoepfer-Richhoff, sagen müssen, als er zur Unterstützung der preussischen Gegenoffensive von der wirtschaftlichen Seite her bei seiner Staatsrede den unmöglichen Versuch machte, die Schuld

Maßlose polnische Zumutungen

Danzigs Antwort an den Völkerbund

Danzig, 19. Dez. Die Danziger Regierung hat am Freitag in einer über 100 Seiten umfassenden Note an den Danziger Völkerbundskommissar, Graf Gravinga, auf den polnischen Antrag vom 30. September geantwortet, in dem die polnische Regierung den Völkerbundskommissar um eine Entscheidung über die angeblich ungeredete Behandlung der Danziger Staatsangehörigen polnischer Nationalität und um die Gleichstellung der polnischen Staatsbürger mit den Danziger Staatsangehörigen ersuchte.

In der Danziger Antwortnote wird der Völkerbundskommissar gebeten, sämtliche polnischen Anträge als unbegründet und ungerechtfertigt zu verwerfen.

Insbesondere werden die polnischen Forderungen auf Errichtung polnischer Schulen, Gymnasien und Fachschulen, polnischer Schulinspektorate und besonderer polnischer Schulkommissionen abgelehnt.

Polen forderte, daß alle polnischen Schulseugnisse usw. in Danzig rückhaltlos anerkannt und den Danziger Zeugnissen gleichgestellt werden sollen. Ferner, daß jeder polnische Bürger mündlich und schriftlich in Danzig in polnischer Sprache verkehren dürfe und die Danziger Behörden verpflichtet sein sollen, ihm in polnischer Sprache zu antworten.

Den Höhepunkt polnischer Unverschämtheit bildete die polnische Forderung, daß Danzig die Ablehnung der Verleihung der Danziger Staatsangehörigkeit gegenüber einem Polen nur im Einvernehmen mit der polnischen Regierung vornehmen dürfe.

Polen wollte damit eine Handhabe bekommen, durch die es Danzig jederzeit im beliebigen Tempo polonisieren kann. Auf ähnliche Polonisierungsbestrebungen (lesen Polens Forderungen hinaus, daß jeder polnische Staatsangehörige und jede polnische Behörde vollkommene Freiheit haben soll, soviel Grundstücke in Danzig zu erwerben, wie sie will. Vollständig der Wohnungswirtschaft verlangte Polen gleiche Behandlung der polnischen Staatsangehörigen mit den Danzigern. Polnischen kulturellen und Bildungsanstalten sollten Wohnräume bevorzugt zugewiesen werden.

Dadurch würde also der kaum glaubliche Zustand eintreten, daß bei der unacheneren Danziger Wohnungsnote die Danziger Wohnberechtigten keine Wohnungen erhalten würden, weil polnische kulturelle Vereine bevorzugt wären.

Schließlich verlangte Polen noch, daß alle Polen auf Danziger Gebiet von jeder Ausländerkontrolle befreit sein sollen. Alles in allem genommen handelt es sich um einen ganz unerbötlichen polnischen Vorstoß, der in der Hauptsache den Zweck verfolgt, die Aufmerksamkeit der Welt von dem Obigen Problem abzulenken, das für Polen nachgerade peinlich zu werden droht.

Danzig hat auf die unerhörten polnischen Forderungen nunmehr eine gebührende Antwort erteilt. Die Antwort ist nicht nur haarscharf, sondern sehr fundiert, sondern durch Gegenüberstellung der Zustände, unter denen die Minderheiten in Polen zu leiden haben, mit den Danziger Verhältnissen wird dargetan, daß es keiner Minderheit in der Welt so gut geht, wie der polnischen Minderheit in Danzig. Alle polnischen Forderungen aber, die auf eine Polonisierung und Unterjochung der rein deutschen Stadt Danzig hinauslaufen, zurückzuweisen, hat Danzig nicht nur ein gutes Recht, sondern sogar die Pflicht, wenn es sich als deutsches Staatswesen nicht

selbst aufgeben will. Es ist zu erwarten, daß die maßlosen polnischen Forderungen, durch die sich Polen in kaum glaublicher Weise bloßstellt und moralisch ins Unrecht setzt, der ganzen Welt die Augen über die wahren Ziele Polens gegenüber Danzig öffnen werden.

Die dritte deutsche Note

Genf, 19. Dez. Die dritte dem Generalsekretär des Völkerbundes überreichte Protestnote der deutschen Regierung gegen Polen, die die Vorfälle im Korridor und in Polen behandelt, ist vom stellvertretenden Generalsekretär des Völkerbundes in gleicher Weise wie die beiden ersten Noten auf die Tagesordnung der Januartagung des Völkerbundsrats gesetzt worden und wird nach der Uebersetzung sämtlichen Mitgliedsregierungen des Völkerbundsrates übermittelt. Die Veröffentlichung der dritten deutschen Note erfolgt im Völkerbundsekretariat am Montag.

Es hat den Anschein, daß man verschiedentlich in Genf das Minderheitenverfahren erneut zu sabotieren versucht. Wie man hört, hat sich jetzt Südbawien zum Wortführer dieser Aktion gemacht. Dem Rat wird im Januar ein südbawischer Antrag vorliegen, wonach in Auslegung der Niederscheidung vom Juni 1925 dem Ratpräsidenten das Recht zur Bildung auch des üblichen besonderen Ratsausschusses genommen werden soll, der den Protest einer Minderheit gegen die Zulässigkeitsklärung einer Minderheitenbeschwerde durch den Generalsekretär zu behandeln hat, wenn dieser Ratpräsident an der vorliegenden Beschwerde interessiert sei. Da im Januar Reichsaussenminister Curtius Ratpräsident sein wird, dürfte unter Umständen dieser südbawische Vorstoß Bedeutung gewinnen. Dies würde jedoch nur eine Gelegenheit für die deutsche Ratsabordnung sein, das immer noch ungeklärte Minderheitenverfahren insgesam in seiner grundsätzlichen Bedeutung neu aufzurollen.

Ein deutscher Forscher im Krater des Merapi verbrannt

Hamburg, 19. Dez. Das Hamburger Tropeninstitut hat von dem Tropeninstitut in Medan auf der Insel Sumatra die Nachricht erhalten, daß der Hamburger Professor Dr. Werner Borghardt bei einem plötzlichen Ausbruch des Vulkans Merapi auf Sumatra sein Leben verloren hat. Dr. Borghardt war mit klimatologischen Untersuchungen betraut und hatte den seit 40 Jahren erloschenen Vulkan bestiegen, um bestimmte Wärmemessungen vorzunehmen. Ganz überraschend und gerade in dem Augenblick, als sich der Gekirre an einem Seil in den Krater hinabließ, begann der Vulkan plötzlich wieder aktiv zu werden und große Lavaströme anzuköhen. Prof. Borghardt und ein europäischer Hilfsarbeiter konnten sich aus der glühenden Lava nicht mehr retten und verbrannten unter furchtbaren Qualen, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte.

Der Vulkan Merapi auf Sumatra ist ein anderer als der Vulkan gleichen Namens auf der Insel Java, über dessen Ausbruch die „Dresdner Nachrichten“ im gestrigen Abendblatt berichteten. Wie aus Batavia gemeldet wird, hat ein erneuter Ausbruch des Vulkans Merapi auf Java in den freitagmorgensstunden große Landstrecken vernichtet. Man befürchtet, daß 90 Menschen von der Lava eingeschlossen und getötet worden sind.